

15.09

Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Herr Kollege Rädler, vielleicht wissen Sie nicht, wie die Mindestsicherung in Österreich ausgestaltet ist. (*Abg. Rädler: Ich weiß es!*) – Hören Sie vielleicht einmal kurz zu, Herr Bürgermeister!

Ein Mensch erhält in Österreich im Moment 837,76 € im Monat an Mindestsicherung – zwölfmal im Jahr, nicht vierzehnmal. (*Ruf bei der FPÖ: Das ist falsch!*) Die durchschnittliche Bezugsdauer eines Mindestsicherungsbeziehers oder -bezieherin beträgt im Moment acht Monate, der durchschnittliche Auszahlungsbetrag beträgt 300 € im Monat.

75 Prozent aller Menschen, die die Bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen, sind sogenannte Aufstocker, das heißt, sie erhalten Mindestsicherung, obwohl sie entweder arbeiten oder vielleicht auch eine Leistung des Arbeitsmarktservice erhalten.

Menschen, die eine Mindestsicherung in Österreich erhalten, müssen ihr Vermögen verwerten bis ungefähr 4 200 €, und der Anteil der Bedarfsorientierten Mindestsicherung gemessen an unseren Sozialausgaben beträgt 0,7 Prozent, Herr Kollege Rädler. (*Zwischenruf des Abg. Rädler.*) Menschen, die die Bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen, müssen, sofern sie arbeitsfähig sind, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sonst kann die Bedarfsorientierte Mindestsicherung den Menschen auch gestrichen werden. Das sind die Fakten zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung, Herr Kollege Rädler. (*Abg. Rädler: Ich kenne sie!*)

Ich bin in Amstetten Vizebürgermeisterin und weiß auch, wie viele Menschen Bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen. (*Abg. Rädler: Schauen Sie sich die Wahlergebnisse an!* – *Abg. Glawischnig-Piesczek: Frau Präsidentin, er kann sich auch zu Wort melden!*)

Sie wissen aber auch, wenn Sie sich die Entwicklung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in den letzten Jahren ansehen und wenn Sie sich auch die Menschen ansehen, die die Bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen: Die Menschen haben sich verändert, die BezieherInnen haben sich verändert. Heute beziehen Menschen die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, die sich vor fünf, sechs, sieben Jahren vielleicht noch gar nicht gedacht hätten, jemals in diese Situation kommen zu müssen – ich sage jetzt ganz bewusst: **müssen**.

Wirtschaftskrise, Finanzkrise, aber auch – und das auch in Richtung ÖVP – nicht existenzsichernde Arbeitseinkommen, nicht existenzsichernde Jobs führen dazu, dass immer mehr Menschen bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen müssen. Es sind auch immer mehr psychisch und physisch erkrankte Menschen unter den Bezieherinnen und Beziehern der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Und da wollen Sie streichen! Denken Sie einmal darüber nach, Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP! *(Beifall bei SPÖ und Grünen.)*

Ja, es stimmt, es sind auch Asylberechtigte unter den Bezieherinnen und Beziehern der bedarfsorientierten Mindestsicherung, aber das sind Menschen, die nach Österreich kommen mit nichts als einem Plastiksackerl, und ich denke, Österreich hat die Verpflichtung, diesen Menschen auch für eine gewisse Zeit zu helfen. Glauben Sie mir, viele Menschen, die in Österreich asylberechtigt sind, würden gerne arbeiten, aber im Moment ist es am Arbeitsmarkt eben besonders schwer für Menschen, die bei uns Schutz gesucht haben! *(Zwischenruf des Abg. Rädler. – Abg. Glawischnig-Piesczek: Frau Präsidentin, der macht seinen 20. Zwischenruf! Kann man da bitte etwas tun als Vorsitzführende?)*

Die Menschen, die bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen – da müssen Sie mir sicher recht geben, Herr Kollege Rädler, wenn Sie schon Bürgermeister sind –, sind meistens schuldlos in dieser schwierigen Situation. *(Zwischenruf des Abg. Rädler.)* Diese Situation ist finanziell sehr schwierig für viele Menschen, sie ist aber auch menschlich schwierig. *(Zwischenrufe der Abg. Rädler und Loacker.)* Diese Situation ist sozial schwierig, und Sie wissen das genauso gut wie alle anderen Kolleginnen und Kollegen hier im Saal: Armut macht krank! Armut grenzt aus, Armut verhindert Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben. Und ich denke, die Politik hat die Verpflichtung, Herr Kollege Rädler, dagegenzuhalten und die Gesellschaft nicht zu spalten, sondern in der Gesellschaft einen Zusammenhalt, auch mittels Gesetzen, zu ermöglichen.

Der Herr Minister sagt es immer wieder: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist das letzte soziale Auffangnetz in Österreich, sie ist das Auffangnetz, das Menschen vor Obdachlosigkeit schützen soll, vor Hunger schützen soll. Wenn wir jetzt beginnen, in den einzelnen Bundesländern einen Wettbewerb nach unten anzukurbeln, dann appelliere ich an Sie alle, die hier Verantwortung tragen, und auch in den Ländern: Hören wir auf damit! Überlegen wir, wie wir dieses letzte Absicherungsnetz in Österreich fit machen können, wie wir es auch gerecht machen können, wie wir auch den Abstand zu den Erwerbseinkommen vermindern, da gebe ich den Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP recht. Aber so, wie Kollegin Schwentner gesagt hat: Nicht die Mindestsicherung kürzen, die liegt nämlich 16 Prozent unter der Ausgleichszulage und

30 Prozent unter der SILC-Armutsschwelle; das muss man auch einmal bedenken! Sorgen wir stattdessen gemeinsam dafür, dass es in Österreich für alle Menschen, die Vollzeit arbeiten, ein Mindesteinkommen von 1 700 € brutto gibt! (*Zwischenruf der Abg. Gisela Wurm.*)

Dann hätten wir auch den Abstand verringert, Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP und auch von der Freiheitlichen Partei, weil ich mir schon denke – und ich erlebe das in meinem Alltag –: Menschen möchten in der Gesellschaft etwas beitragen. Wir haben eine Gesellschaft, die sich noch immer sehr stark über den Wert der Arbeit definiert, und viele Menschen, die Bezieherinnen oder Bezieher der Bedarfsorientierten Mindestsicherung sind, leiden sehr unter dieser Situation. Ja, es gibt immer wieder welche, die vielleicht nicht so diesen Willen zum Arbeiten haben, aber da gibt es die Sanktionsmaßnahmen des AMS. Reden wir nicht immer so, als ob es das alles nicht gäbe! (*Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen.*)

Der letzte Satz, es geht ja um einen Antrag der Grünen, den wir im Ausschuss vertagt haben: Wir, Frau Kollegin Schwentner – ich habe es im Ausschuss gesagt –, finden, dass zum jetzigen Zeitpunkt, während der Minister mit den Ländern verhandelt, ein Anrufen des Verfassungsgerichtshofes kontraproduktiv ist. Wir sind eher der Meinung: Versuchen wir, dem Minister den Rücken zu stärken, damit es vielleicht diese bundeseinheitliche Lösung gibt – was wahrscheinlich nicht durchsetzbar ist –, aber dass zumindest die Bedarfsorientierte Mindestsicherung als letztes soziales Sicherheitsnetz in Österreich so erhalten bleibt, wie wir es kennen und auch brauchen! (*Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Korun.*)

15.15

Präsidentin Doris Bures: Mir liegt nun eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung vor. – Bitte, Frau Klubvorsitzende Glawischnig-Piesczek.